



Nachrichten zum Terror und zum israelisch-palästinensischen Konflikt

(03. – 09. Januar 2018)

Überblick

- ▶ In der vergangenen Woche zeichnete sich der Rückgangstrend bei den Demonstrationen und Ausschreitungen weiterhin ab. Dazu trug auch das stürmische Wetter am Freitag, dem Gebetstag in den Moscheen, bei.
- ▶ Das sporadische Raketen- und Mörsergranatenfeuer, das nach der Trump-Erklärung begonnen hatte, wurde fortgesetzt. In der vergangenen Woche wurden eine Rakete und eine Anzahl von Mörsergranaten auf Israel abgefeuert. Flugkörper der israelischen Luftwaffe griffen eine "zentrale terroristische Infrastruktur" im Gazastreifen an.
- ▶ Der Schin Bet enthüllte, dass kürzlich eine Anklage gegen einen Studenten aus Hebron eingereicht wurde, der vom iranischen Geheimdienst während eines Besuchs bei einem Verwandten in Südafrika rekrutiert worden war. Der Student wurde beauftragt, einen Selbstmordattentäter zu rekrutieren und eine Zelle zwecks bewaffneter Angriffe zu bilden.

Die Situation in Judäa und Samaria

Demonstrationen und Ausschreitungen

- ▶ In der vergangenen Woche wurden die Proteste und Unruhen in Judäa, Samaria, Jerusalem und im Gazastreifen vor dem Hintergrund der Erklärung des US-Präsidenten Donald Trump bezüglich der Anerkennung Jerusalems durch die USA als Hauptstadt Israels fortgesetzt. Der Rückgangstrend in der Teilnahme an diesen Ereignissen, der bereits in der Vorwoche zum Ausdruck gekommen war, zeichnete sich auch in der palästinensischen Öffentlichkeit weiterhin ab. Bei den Demonstrationen, die während dieser Woche und insbesondere am Freitag stattfanden, wurde **eine relativ schwache Teilnahme registriert**, die unter anderem dem stürmischen Wetter zu verdanken ist. An den Demonstrationen nahmen nur ein paar hundert Palästinenser teil. Um die Demonstrationen wieder aufleben zu lassen, riefen die palästinensischen Organisationen zur Einhaltung von so genannten "Tagen des Zorns" auf (Wafa Nachrichtenagentur, 8. Januar 2018).



**Ein Aufruf der Hamas zu weiteren gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Israel
(Twitter-Account von PALINFO, 3. Januar 2018)**

► Die Organisation Islamischer Dschihad in Palästina (PIJ) im Gazastreifen veranstaltete eine Protestkundgebung in Khan Junis. Dabei zertrampelten die Teilnehmer sowohl Fahnen von Israel und den USA als auch Fotos des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu und des US-Präsidenten Donald Trump. Die Teilnehmer trugen auch Banner mit der Aufschrift "Tod für Amerika und Israel" (Paltoday, 5. Januar 2018).

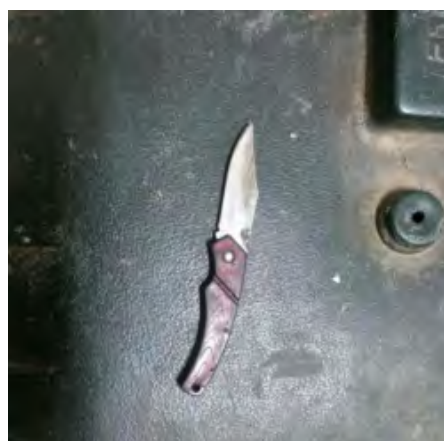


**Teilnehmer der Kundgebung der Organisation Islamischer Dschihad in Palästina (PIJ)
(Paltoday, 5. Januar 2018)**

► Gleichzeitig wurde **das Werfen von Steinen und Molotow-Cocktails auf die Sicherheitskräfte und die zivilen Zielen** weitergeführt. Bei Anti-Terror-Aktivitäten, die die israelischen Sicherheitskräfte in ganz Judäa und Samaria durchführten, wurden Terrorverdächtige festgenommen und Waffen sowie Drehmaschinen zur Herstellung von Waffen ergriffen.

► Im Folgenden einige weitere nennenswerte Ereignisse:

◆ **Am 8. Januar 2018** näherte sich eine palästinensische Frau dem Checkpoint in der Nähe der **Höhle der Patriarchen in Hebron**. In ihrer Tasche wurde ein Messer gefunden. Eine Untersuchung ergab, dass es sich um dieselbe Palästinenserin handelt, die bereits im November 2016 festgenommen worden war, als sie versucht hatte, mit zwei Messern in die Höhle der Patriarchen einzudringen. Sie wurde damals vor Gericht gestellt und zu einer Freiheitsstrafe von mehreren Monaten verurteilt (Sprecher der israelischen Polizei, 8. Januar 2018). Eine Untersuchung des vorigen Vorfalls ergab, dass es sich um **Fatma Amran Abu Miala** (30) aus Hebron handelt (Facebook Seite von QUDSN, 1. November 2016).



Links: Die beiden Messer, die im Besitz der Palästinenserin beim letzten Mal an derselben Stelle gefunden wurden (Facebook Seite von QUDSN, 1. November 2016)

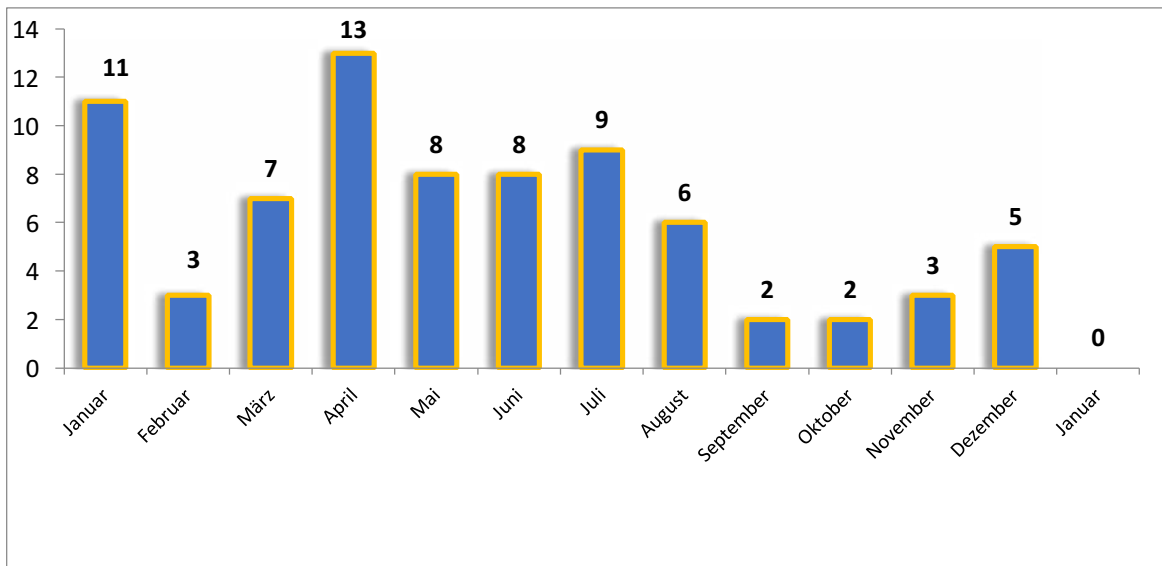
Rechts: Das Messer, das im Besitz der Palästinenserin in der Nähe der Höhle der Patriarchen in Hebron gefunden wurde (Israelische Polizei, 8. Januar 2018)

◆ **Am 4. Januar 2018** wurden zwei IDF-Soldaten bei Unruhen **im Flüchtlingslager Deheische** (nahe Bethlehem) angegriffen. Sie schafften es, sich mithilfe von Gegenfeuer zu retten (Facebook-Seite von MivzakLive/Red Alert, 4. Januar 2017.) Das palästinensische Gesundheitsministerium gab bekannt, dass eine Anzahl von Palästinensern bei den Zusammenstößen im Flüchtlingslager Deheische südlich von Bethlehem verletzt wurde (Wafa Nachrichtenagentur, 4. Januar 2018).

◆ **Am 3. Januar 2018** versuchte ein Palästinenser, sich den israelischen Sicherheitskräften **nahe Deir Nizam** (Region Ramallah) zu nähern. Er wurde angeschossen und in ein Krankenhaus in Ramallah evakuiert, wo er für tot erklärt wurde. Laut israelischen Sicherheitskräften wurde er erschossen, da er während der Auseinandersetzungen mit einem Gewehr bewaffnet war (Haaretz, 4. Januar 2018).

Mahmud Abbas rief den Vater des Getöteten Mus'ab al-Tamimi an und drückte sein Beileid aus (Dunia al-Watan, 4. Januar 2018).

Bedeutende Angriffe in Judäa, Samaria und Jerusalem im vergangenen Jahr¹



Aufdeckung der iranischen Beteiligung an terroristischen Aktivitäten innerhalb Israels

► Der Schin Bet gab bekannt, dass vor kurzem eine Anklage gegen **Mohammed Maharmeh** (29), ein Student für technische Informatik aus Hebron, **der während eines Besuchs in Südafrika vom iranischen Geheimdienst rekrutiert worden war**, um Terrorakte in Israel zu verüben, eingereicht wurde. Ihm wurde zudem ein Kurs zur Behandlung von Sprengstoffen und Waffen angeboten. Mohammed Maharmeh wurde von seinem Verwandten **Baker Maharmeh** rekrutiert, der in den letzten Jahren in Südafrika lebt. Dieser wiederum wurde vom iranischen Geheimdienst geleitet und bemühte sich um die Rekrutierung von Aktivisten aus Judäa, Samaria und Israel, die für die Iraner Spionage- und Terrormissionen auszuführen sollten. Baker Maharmeh nutzte den Besuch von Mohammed Maharmeh in Südafrika vor etwa drei Jahren, um ihn für diese Mission zu rekrutieren. Er brachte ihn sogar mehrmals mit iranischen Beamten zusammen, von denen einige eigens aus Teheran angereist waren, um ihn zu treffen. Mohammed Maharmeh erhielt 8.000 US-Dollar für seinen Einsatz (Schin Bet, 4. Januar 2018).

¹ Als bedeutende Angriffe bewerten wir Schuss-, Auto- und Messer-Angriffe, das Platzieren von Sprengsätzen oder kombinierte Angriffe. Das Werfen von Steinen und Molotow-Cocktails ist hier nicht mit inbegriffen.

- ▶ Mohammed Maharmeh wurden mehrere Aufgaben zugewiesen, darunter:
 - ◆ Einen Selbstmordattentäter zu rekrutieren.
 - ◆ Eine Zelle zur Durchführung von bewaffneten Angriffen zu bilden. Hierzu rekrutierte er zwei palästinensische Einwohner von Hebron, die sich bereit erklärten, an der Operation teilzunehmen.
 - ◆ Eröffnung eines Computerladens in der Gegend von Hebron. Er wurde beauftragt, den Laden zu fotografieren und die Fotos an seine Betreiber weiterzuleiten. Möglicherweise beabsichtigten die Iraner, den Laden als Basis für die Informationsbeschaffung zu nutzen.
 - ◆ Israelische SIM-Karten und Geld an die Iraner zu übertragen.



Mohammed Maharmeh (rechts), der von seinem Verwandten Bahar Maharmeh (links) rekrutiert wurde, um eine terroristische Zelle in Israel unter der Leitung des iranischen Geheimdienstes zu gründen (PANET, 3. Januar 2018)

Festnahme von zwei israelischen Bürgerinnen, die einen IS-inspirierten Angriff zu verüben planten

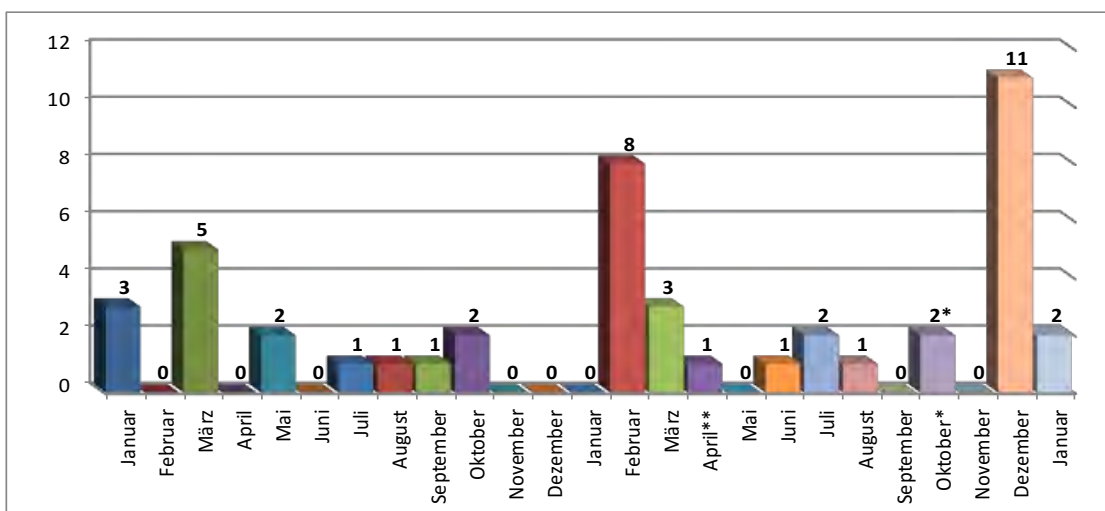
- ▶ Im Rahmen der Aktivitäten der israelischen Sicherheitskräfte wurden im Dezember 2017 zwei arabisch-israelische Bürgerinnen im Alter von 19 Jahren, Bewohnerinnen des Dorfes Lakija im Negev, festgenommen. Bei ihrer Vernehmung stellte sich heraus, dass sie **im vergangenen Jahr Kontakt zu Aktivisten gehabt hatten, die mit dem IS im Ausland verbunden waren, und dass sie geplant hatten, Angriffe auf Israelis in israelischem Territorium zu verüben**. Die Beiden hatten auch vor, ins Ausland zu reisen und sich den Reihen des IS anzuschließen. Zudem veröffentlichten sie Inhalte, die gegen Juden und gegen Israel hetzten. Eine Anklage wurde gegen sie erhoben (Schin Bet, 9. Januar 2018).

Der Süden Israels

Der Raketenbeschuss

- Am 3. Januar 2018 wurden eine Rakete und eine Anzahl von Mörsergranaten aus dem Gazastreifen auf Israel abgefeuert. Mindestens ein Raketenabsturz wurde auf israelischem Territorium im Regionalverband Eschkol verzeichnet. Es gab keine Verletzten und es wurde kein Schaden angerichtet.
- Nach Angaben des IDF-Sprechers griffen Flugkörper der israelischen Luftwaffe als Reaktion auf den Raketenbeschuss eine "zentrale terroristische Infrastruktur" im Gazastreifen an. In israelischen Medien wurde spekuliert, dass es sich um einen Tunnel handeln könnte. Die palästinensischen Medien berichteten, dass IDF-Flieger ein landwirtschaftliches Gebiet in der Nähe des Außenpostens Sufa östlich von Rafah angegriffen hätten. Es wurden keine Verletzten gemeldet (Twitter-Account von Adschel aus Palästina, Dania al-Watan, 4. Januar 2018).

Raketeneinschläge in Israel im Monatsdurchschnitt seit Januar 2016²



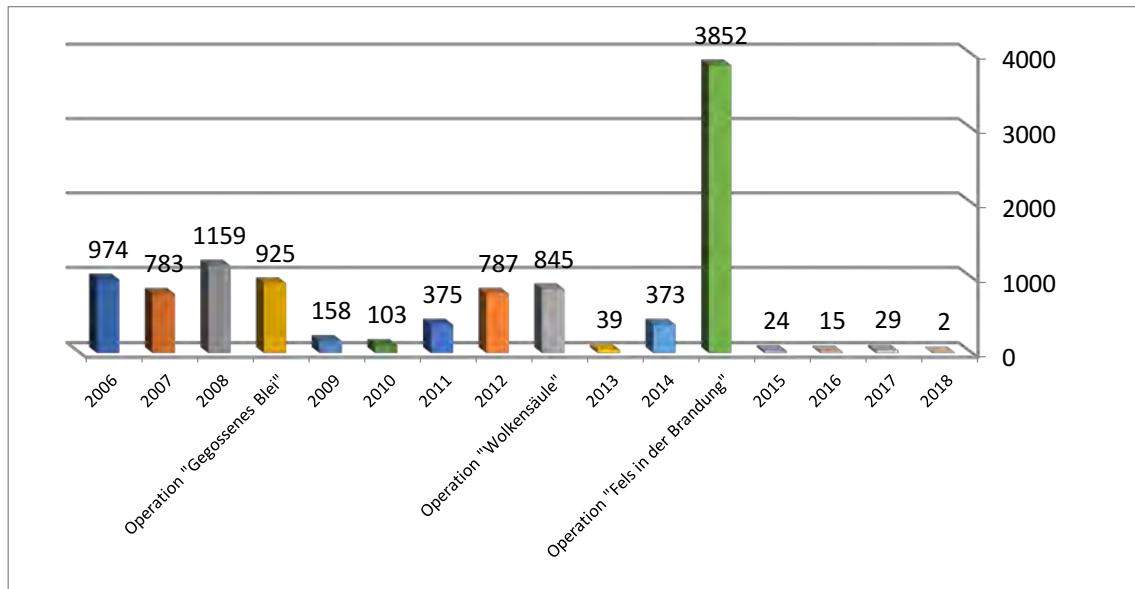
Anmerkungen:

* Diese Statistiken beinhalten nicht den Beschuss mit Mörsergranaten und auch nicht die Raketen, die noch im Gazastreifen niederstürzten.

* Sechs der Raketen, die im Februar 2017 abgestürzt waren, wurden von der Sinai-Halbinsel aus, aller Wahrscheinlichkeit nach von Aktivisten der Sinai-Provinz des IS, auf Israel abgefeuert. Im April 2017 wurde von der Sinai-Halbinsel aus eine Rakete von Aktivisten der Sinai-Provinz des IS auf Israel abgefeuert. Im Oktober 2017 wurden zwei Raketen aus dem Norden der Sinai-Halbinsel von einem Zweig des IS auf der Sinai-Halbinsel abgefeuert. Die Raketen stürzten auf dem Gebiet des Regionalverbands Eschkol ab.

² Diese Statistiken enthalten keine abgefeuerten Mörsergranaten und keine Raketenabstürze innerhalb des Gazastreifens.

Raketeneinschläge in Israel im Jahresdurchschnitt seit Januar 2006



Ausschreitungen an der Grenze zum Gazastreifen

► Bei Ausschreitungen im südlichen Bereich der Grenze zum Gazastreifen versuchte ein Palästinenser, eine Rohrbombe auf die IDF-Truppen zu werfen (Facebook-Seite von MizzakLive/Red Alert, 5. Januar 18).



**Konfrontationen mit IDF-Truppen nahe der Grenze, östlich von Gaza-Stadt
(Twitter-Account von PALDF, 5. Januar 2018)**

Die innerpalästinensische Versöhnung

Die Palästinensische Autonomiebehörde bemüht sich, die Notlage im Gazastreifen zu lindern

► **Vor dem Hintergrund des Stillstands beim Versöhnungsprozess** versucht die Palästinensische Autonomiebehörde, eine Reihe von Maßnahmen zur Linderung der zivilen Notlage voranzutreiben. In diesem Zusammenhang wandte sich die PA an Israel **und verpflichtete sich, die Kosten für weitere 50 Megawatt Strom zu übernehmen, die die israelische Stromgesellschaft dem Gazastreifen zuspiesen würde.** Der Antrag wurde von Israel angenommen. In Folge dessen **sollte die Stromversorgung jetzt knapp über 125 Megawatt stehen**, wie vor der Entscheidung der PA im April 2017, die Stromversorgung zu kürzen. Rami Hamdallah, Premierminister der palästinensischen nationalen Einheitsregierung, sagte, dass der entsprechende Antrag an Israel, die Stromversorgung für den Gazastreifen wieder herzustellen, um das Leiden der dortigen Bewohner zu lindern, von Mahmud Abbas eingereicht wurde (Wafa Nachrichtenagentur, 3. Januar 2018).



Bewohner des Gazastreifens behaupten, dass die Zufuhr von weiteren 50 Megawatt Strom nutzlos ist und die Situation im Gazastreifen nicht verbessern wird
(Der 9. TV-Kanal auf YouTube, 6. Januar 2018)

► **Dschawad 'Awad**, Gesundheitsminister der PA, sagte, dass sein Ministerium sich darauf vorbereite, die Lager des Gesundheitsministeriums im Gazastreifen mit Medikamenten zu versorgen. Zudem wurde berichtet, dass das Gesundheitsministerium begonnen habe, die Gehälter der Reinigungs- und Catering-Arbeiter in den Krankenhäusern zu bezahlen, und dafür sogar 1,3 Millionen NIS zugunsten der Reinigungsfirmen und 500.000 NIS zugunsten der Cateringfirmen zugewiesen habe (Shams, 2. Januar 2018).

Die Übergabe der Waffen der Hamas

► Die Zeitung al-Hayat berichtete unter Berufung auf palästinensische Quellen im Gazastreifen, dass die Hamas Bewegung Mahmud Abbas eine Botschaft gesandt habe, wonach sie bereit sei, die "Waffen des Widerstands" der Führung der PLO oder dem Exekutivkomitee der PLO zu unterordnen, falls die Hamas denen angehören wird (al-Hayat, 5. Januar 2018). Beamte der Hamas beeilten sich, dies zu dementieren:

◆ **Hazem Kassem**, ein Sprecher im Namen der Hamas, sagte, dass Hamas die "Waffen des Widerstands" als legitime Waffen betrachtet, die ihrerseits eine "rote Linie" darstellen, die nicht überschritten werden darf (al-Quds, 5. Januar 2018).

◆ **Mahmud az-Zahar**, Mitglied des Politbüros der Hamas, sagte, dass der "Widerstand" eine "rote Linie" darstelle und betonte, dass weder eine Patrone noch ein Gewehr einer anderen Partei als dem "Widerstand" übergeben werden könne. Er machte auch deutlich, dass bekannt sei, dass die Palästinensische Autonomiebehörde auf dem Gebiet der Sicherheit mit Israel trotz der Tatsache, dass die Oslo-Abkommen bereits ihr Ende gefunden haben, zusammenarbeitet (Twitter-Account von Palinfo, 6. Januar 2018).

◆ **Husam Badran**, ein Sprecher im Namen der Hamas, betonte, dass es zum jetzigen Zeitpunkt keine Diskussion über die Unterstellung der "Waffen des Widerstands" der PLO bestehe. Seinen Worten zufolge werden die Waffen des militärischen Arms der Hamas von einer bewussten und intelligenten Kommandantur verwaltet, die genau weiß, wie und wann diese zu benutzen seien, welchen Wert sie besitzen und wie viel Mühe und Blut investiert wurden, um sie zu erlangen (al-Quds, 6. Januar 2018).

Der Gazastreifen

Die humanitäre Lage

► Am 4. Januar fand im Flüchtlingslager Dschabalija im nördlichen Gazastreifen eine Demonstration gegen die schlechte Wirtschaftslage statt. Die Demonstranten hielten palästinensische Fahnen und Plakaten, die zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, zur Aufhebung der "Belagerung" des Gazastreifens und zur Widerrufung der Strafmaßnahmen von Mahmud Abbas aufriefen (al-Jazeera.net; PALINFO, 4. Januar 2018).



**Die Demonstration im Flüchtlingslager Dschabalija
(Twitter-Account und Facebook-Seite von QUDSN, 4. Januar 2018)**

Interview von Salah al-Aruri

► In einem Interview stellte **Salah al-Aruri**, stellvertretender Vorsitzender des Politbüros der Hamas, fest, dass die Bedeutung des "Widerstands" nicht nur die Bekämpfung aus dem Gazastreifen gegen Israel alle paar Jahre bedeutet. **Seinen Worten zufolge sei damit der echte "Widerstand" in den Gebieten von Judäa, Samaria und Jerusalem gemeint.** Al-Aruri konstatierte, dass das palästinensische Volk überall die Speerspitze des Widerstands gegen Israel sein müsse. Er bemerkte, dass die Hamas zwar bereit sei, Zugeständnisse im Interesse der Versöhnung zu machen, jedoch nicht solche, von denen Israel profitieren würde, wie die Aufgabe der Waffen des "Widerstands" oder deren Unterstellung oder Kontrolle einer Partei, die nicht an den "Widerstand" glaubt. In Bezug auf die Außenpolitik der Hamas sagte er, dass **der Iran den "Widerstand" unterstützt.** Allerdings erfordert die Tatsache, dass ein bestimmter Staat die Hamas in ihrem Kampf gegen Israel unterstützt nicht die gegenseitige Unterstützung der Hamas in dessen Konfrontationen innerhalb der arabischen Welt (al-Jazeera TV, 3. Januar 2018).

Die Palästinensische Autonomiebehörde

Kommentare zur Ankündigung der USA, die Finanzierung für das UNRWA-Hilfswerk einzustellen

► **Nikki Haley, US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, warnte davor, dass die USA die Finanzierung für das UNRWA-Hilfswerk für die palästinensischen Flüchtlinge einstellen werden, sollten die Palästinenser ihre Weigerung zu den politischen Verhandlungen fortsetzen.** Das UNRWA-Hilfswerk verurteilte die Drohungen von Präsident Trump und der US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Israel jedoch unterstützte den beabsichtigten Schritt von Seiten der USA. **Sami Mschascha**, Chef für Kommunikation des UNRWA Hilfswerks, sagte, dass das Hilfswerk keinerlei Benachrichtigung über eine Änderung der Finanzierung von der US-Regierung erhalten habe (Ma'an Nachrichtenagentur, 3. Januar 2018). **Adnan Abu Hasna**, PR-Berater und Sprecher des UNRWA-Hilfswerks im Gazastreifen, betonte, dass sie zu diesem Thema keine offizielle Mitteilung aus den Vereinigten Staaten erhalten haben. Seinen Worten zufolge unterstützt das Hilfswerk 5 Millionen Menschen und daher wäre es undenkbar, seinen Aktivitäten zu schädigen (TV-Kanal von Filastin al-Yawm auf YouTube, 6. Januar 2018).



**Adnan Abu Hasna, Sprecher des UNRWA im Gazastreifen
(Filastin al-Yawm auf YouTube, 6. Januar 2018)**

► Israels Premierminister Benjamin Netanjahu sagte zu Beginn der wöchentlichen Kabinettsitzung, **er stimme mit Präsident Trumps harscher Kritik am UNRWA überein**, das das palästinensische Flüchtlingsproblem und das Narrativ des sogenannten Rückkehrrechtes fortsetzt, angeblich, um den Staat Israel zu zerstören. Seinen Angaben

zufolge wäre es an der Zeit, das UNRWA-Hilfswerk aus der Welt zu schaffen (Webseite des israelischen Premierministers, 7. Januar 2018).

► Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Einwanderer der palästinensischen nationalen Einheitsregierung verurteilte die Aktivitäten der USA und von Israel, die dem UNRWA schaden. In einer entsprechenden Mitteilung wurde die Entscheidung der israelischen Beamten, wonach das UNRWA abgeschafft, seine Glaubwürdigkeit in Zweifel gestellt und seine Rolle zur Unterstützung des Terrorismus hervorgehoben werden soll, verurteilt (Qudsnet, 6. Januar 2018). Hochrangige palästinensische Beamte verurteilten die amerikanische Erklärung mit der Begründung, sie beabsichtige, das palästinensische Flüchtlingsproblem und das "Rückkehrrecht" auszulöschen:

◆ **Nabil Abu Rudena**, Sprecher des Präsidialamtes, verurteilte die Aussagen der US-Regierung und konstatierte, dass die Stadt Jerusalem und ihre Heiligkeit nicht für Gold oder Silber zum Verkauf stehen. Seinen Worten zufolge sollten die Vereinigten Staaten, wenn sie um den Frieden im Nahen Osten besorgt sind, die Prinzipien des UN-Sicherheitsrats und der UN-Generalversammlung einhalten (Wafa Nachrichtenagentur, 3. Januar 2018).

◆ **Rami Hamdallah**, Premierminister der palästinensischen nationalen Einheitsregierung, sagte, dass die US-Entscheidung, die Finanzierung des UNRWA einzufrieren, "ein illegaler Akt der Erpressung" sei, der die Rechte der Palästinenser verletze. Er fügte hinzu, dass die Länder der Welt dieser Verletzung der Rechte der Flüchtlinge und der internationalen Gesetze ein Ende setzen müssen und sich gegen die Position der USA und die Taten Israels stellen müssen, da diese Maßnahmen darauf abzielen, die Fragen der dauerhaften Lösung einseitig zu lösen (Wafa Nachrichtenagentur, 6. Januar 2018).

◆ **Saeb Erekat**, Generalsekretär des Exekutivkomitees der PLO, sagte, dass die Entscheidung des US-Präsidenten darauf abziele, das Flüchtlingsproblem zu beseitigen.

◆ **Sami Abu Zuhri**, Sprecher der Hamas, sagte, dass die Entscheidung darauf abziele, das "Rückkehrrecht" der Palästinenser sowie all die anderen Rechte des palästinensischen Volkes zu negieren und dass sie als direkte Fortsetzung der Entscheidung bezüglich Jerusalem zu verstehen sei (Schehab Nachrichtenagentur, 7. Januar 2018).

◆ **Ahmed al-Madlal**, führendes Mitglied der PIJ, bezeichnete die Entscheidung als Fortsetzung von Trumps "Verbrechen", nachdem er Jerusalem als Israels Hauptstadt anerkannt hatte. Seinen Worten zufolge wurde die Entscheidung des US-Präsidenten mit dem Ziel getroffen, das "Rückkehrrecht", ein wichtiger Grundsatz, auf den die Palästinenser niemals verzichten werden, zu beseitigen (Filastin al-Yawm, 7. Januar 2018).

Reaktionen auf die Entscheidung der israelischen Regierung, Terroristen die Todesstrafe aufzuerlegen

► Die Knesset, das israelische Parlament, billigte eine Regierungsvorlage, die die Verhängung der Todesstrafe für Terroristen leichter macht. Der Entwurf ermöglicht es den Militärgerichten, Terroristen mit einfacher Mehrheit (und nicht wie bisher einstimmig) die Todesstrafe aufzuerlegen. Dem Vorschlag zufolge könnten dann auch Zivilgerichte Todesurteile verhängen. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Einwanderer der palästinensischen nationalen Einheitsregierung verurteilte Israels Entscheidung. Laut dem Ministerium spiegelt die Entscheidung die fortgesetzte Eskalation der israelischen Behörden und die Fortsetzung der "willkürlichen Verbrechen" Israels gegen die palästinensischen Bewohner wider. Zudem wurde betont, dass die Entscheidung gegen internationales Recht und Menschenrechte verstößt (Qudsnet, 4. Januar 2018). Sprecher der Hamas und des Islamischen Dschihad in Palästina (PIJ) drohten sogar, die Angriffe auf Israel zu verstärken.

► Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zum Thema:

◆ **Issa Karaka**, Beauftragter der PA für die Angelegenheiten der Gefangenen, sagte, dass sich die Palästinenser beim Internationalen Gerichtshof um ein Urteil bemühen werden, das den rechtlichen Status der palästinensischen Gefangenen festlegen soll. Zudem werden sie alle rechtlichen Mittel einsetzen, um den Status der Gefangenen zu schützen (al-Karamah Peres, 4. Januar 2018).

◆ **Kadura Fares**, Vorsitzender des palästinensischen Gefangenenclubs, sagte, dass Israel versuche, dieses Gesetz gerade dann zu erlassen, während sich die meisten Länder in der Welt um die Aufhebung solcher Gesetze bemühen. Seinen Worten zufolge sei dies ein Versuch, die Würde und die Rechte des palästinensischen Volkes zu untergraben (die türkische Nachrichtenagentur Anatolia, 4. Januar 2018).

◆ **Ali Mahmud Abdullah Abu Dajak**, Justizminister der palästinensischen nationalen Einheitsregierung, verurteilte den Gesetzesentwurf, der seinen Angaben zufolge Teil des Staatsterrorismus, der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Israel gegen das palästinensische Volk begeht, sei. Seinen Worten zufolge nutze Israel Trumps Erklärung als einen Grund, um seine rassistischen Verbrechen zu rechtfertigen. Er rief die UN-Vollversammlung, den UN-Menschenrechtsrat und die gesamte Welt auf, die Besatzung und die Siedlungen vor ein Kriminalgericht zu stellen (Ma'an Nachrichtenagentur, 4. Januar 2018).

◆ **Abd al-Latif al-Kanua**, ein Sprecher im Namen der Hamas, verurteilte den Gesetzesentwurf und drohte, dass seine Verabschiedung die Spannungen in der Region verschärfen und zu einer Intifada führen könnte. Ihm zufolge verstoße das Gesetz gegen internationale Konventionen und Menschenrechte (die türkische Nachrichtenagentur Anatolia, 4. Januar 2018).

Vorbereitungen für die Konferenz des Zentralrats der PLO

► **Die Vorbereitungen zur Einberufung der Konferenz des Zentralrats der PLO am 14. und 15. Januar 2018 halten an.** Die Hamas und die Organisation Islamischer Dschihad in Palästina (PIJ) erhielten eine offizielle Einladung zur Teilnahme an der Konferenz. Es ist allerdings noch nicht bekannt, ob und in welcher Zusammensetzung sie teilnehmen werden. Ein Hamas-Funktionär, der seine Identität nicht offenbaren wollte, sagte, dass eine interne Debatte in der Bewegung über die Möglichkeit einer Teilnahme der Hamas an der Konferenz geführt wird. Es wird jedoch vermutet, dass die Teilnahme der Hamas dienlich sein werde. Neun Hamas-Vertreter, die in Judäa und Samaria leben, erhielten eine Einladung. Allerdings wurde noch nicht entschieden, in welcher Form die Hamas teilnehmen wird, falls sie sich überhaupt dafür entscheiden sollte (die türkische Nachrichtenagentur Anatolia, 5. Januar 2017).

► Laut **Ahmed Madschalani**, Mitglied des Exekutivkomitees der PLO, wartet die palästinensische Führung auf die Entscheidung der Hamas und der PIJ, wie sie ihre Teilnahme an der Sitzung des Zentralrates sehen. Seinen Worten zufolge habe die Hamas drei Optionen: **Die erste** wäre, sich der politischen Plattform und der Charta der PLO anzuschließen und somit der PLO als Vollmitglied beizutreten. **Die zweite** wäre, dass die Hamas ihren Vertretern im Palästinensischen Legislativrat die Teilnahme an der Sitzung des Zentralrates ermöglichen wird. **Die dritte Möglichkeit** wäre, dass die Hamas als Beobachter

an der Sitzung teilnehmen wird, wie es bereits bei der Sitzung des Zentralrats im Jahr 2015 der Fall war (Dunia al-Watan, 6. Januar 2018).

► Laut Aussagen führender Beamten der Palästinensischen Autonomiebehörde in Bezug auf die Themen, die auf der Konferenz diskutiert werden sollen, wird der Zentralrat einige prominente Entscheidungen im Zusammenhang **mit der Aufhebung der mit Israel unterzeichneten Abkommen und der Einschränkung der Sicherheitsbeziehungen mit Israel** treffen. Zudem wird eine Entscheidung erwartet, wonach Israel kein Partner für den Friedensprozess ist und die Vereinigten Staaten nicht darin vermitteln können. Der Status der PA soll in einen "Staat unter Besatzung" geändert werden; die Souveränität der PA über die Gebiete und die Aufhebung der gegenseitigen Anerkennung zwischen Israel und dem "palästinensischen Staat" sollen angewendet werden (Ma'an Nachrichtenagentur, 8. Januar 2018).

Die Propagandakampagne

Aufstachelung zum Terrorismus: Eine Zeremonie zum Jahrestag der Gründung der Fatah an der Universität Birzeit

► Am 3. Januar 2018 hielt die Fatah-Studentenzelle an der Universität Birzeit eine Feier zum 53. Jahrestag der Gründung der Fatah ab. **Auf Fotos, die die Zeremonie dokumentieren, sind maskierte Aktivisten zu sehen. Einige von ihnen tragen Uniformen und kugelsichere Westen und einige von ihnen sind in weiße Tücher gehüllt, tragen Sprengstoffgürtel** und halten Koran-Bücher, als seien sie Selbstmordattentäter. Bei der Zeremonie wurden Schilder, die den palästinensischen Charakter Jerusalems und die Unterstützung der Sicherheitsgefangenen wie Ahed Tamimi betonen, geschwenkt. Während der Veranstaltung präsentierten die Teilnehmer ein Stück, in dem ein IDF-Soldat auf Palästinenser, die zur Unterstützung Jerusalems demonstrieren, schießt und sie tötet (Facebook-Seite der Studentenzelle der Fatah an der Universität Birzeit, 3 und 5. Januar 2018).



Maskierte Aktivisten, einige von ihnen tragen Uniformen und kugelsichere Westen und einige sind in weiße Tücher gehüllt, tragen Sprengstoffgürtel und Koran-Bücher.

Links: Auf der Rückseite der Westen steht: "Die Einheiten des Märtyrers Ra'ed al-Karmi"³ (Facebook-Seite der Studentenzelle der Fatah an der Universität Birzeit, 3. Januar 2018)



Ein Stück, bei dem der Beschuss von Demonstranten durch die IDF simuliert wird. Danach wurde die Beerdigung eines Demonstranten, der durch das Feuer getötet wurde, dargestellt (Facebook-Seite der Studentenzelle der Fatah an der Universität Birzeit, 3. Januar 2018)

³ Ra'ed al-Karmi war ein hochrangiger Aktivist in der Tanzim Bewegung (eine militante Fraktion der palästinensischen Fatah-Bewegung.) in Tul Karm und stand unter Marwan Barghuti's direktem Kommando. Al-Karmi war an der Planung und Durchführung von Angriffen beteiligt, bei denen viele Israelis getötet und verwundet wurden. Er wurde am 14. Januar 2002 von einer IDF-Truppe getötet.



Ein Plakat mit einem Foto von Josuf al-Saib (rechts), Koordinator der Aktivitäten der Studentenzelle der Fatah an der Universität Birzeit, der von der israelischen Armee am 16. Dezember 2017 festgenommen wurde. Daneben ein Plakat mit dem Foto von Jassir Arafat (links) und seine Worte: "Millionen von Märtyrern schreiten nach Jerusalem" (Facebook-Seite der Studentenzelle der Fatah an der Universität Birzeit, 3. Januar 2018)

Die Nordarena

Die Haltung des Generalsekretärs der Hisbollah in Bezug auf die palästinensische Frage

► In einem langen Interview, das Hisbollahs Generalsekretär Hassan Nasrallah dem panarabischen Nachrichtensender al-Mayadeen gewährte, bezog er sich unter anderem auf die palästinensische Frage und auf die Beziehungen der Hisbollah mit den Palästinensern. Während des Interviews sagte Nasrallah, dass er nach der Erklärung des US-Präsidenten Trump (vom 6. Dezember 2017) mit Vertretern der Hamas, der Fatah und anderen Organisationen (Die Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und al-Saqqqa) zusammengetroffen war. Seinen Worten zufolge waren sich alle über die Wichtigkeit der Jerusalemfrage und die Notwendigkeit, Demonstrationen abzuhalten und Druck auszuüben, einig. Nasrallah gab auch zu, dass die Hisbollah politische, finanzielle und mediale Unterstützung für diesen Zweck zur Verfügung stelle. Der Iran leiste laut Nasrallah sowohl heute als auch während der "Jerusalem Intifada" den Verwundeten und Familien, deren Häuser zerstört wurden, finanzielle Hilfe. Laut Nasrallah unterstützt der Iran alle Organisationen des "palästinensischen Widerstandes" und das ist der Grund für die Sanktionen, die die USA dem Iran auferlegen. Er fügte hinzu, dass "der Widerstand" in Palästina Waffen und militärische Fähigkeiten erfordert und die Bereitstellung von [iranischer] Hilfe eine permanente Politik sei, die nicht von der einen oder anderen Entscheidung abhängig ist (al-Mayadeen, 3. Januar 2018).



Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah wird vom libanesischen TV-Kanal al-Mayadeen interviewt (al-Mayadeen TV-Kanal auf YouTube, 3. Januar 2018)

- Nasrallah betonte, dass **"der Kompass der Hisbollah seit Gründung der Organisation in die Richtung von Palästina zeigt"**. Er erklärte, dass **Palästina durch den "Widerstand", der Israel auslöschen werde, befreit werden wird**. Er rief zum **"Widerstand und zur Intifada"** auf, weil seinen Worten zufolge nur diese Israel aufhalten können. Er bat darum, **den Weg der Intifada zu fördern** und diese Wahl politisch, pädagogisch und militärisch zu bewahren. Ihm zufolge ist der Friedensprozess ein Betrug und eine Augenwäscherei, der darauf abzielt, Israel zu unterstützen und seine Grenzen anzuerkennen. Er forderte, jegliche Art von Friedens- oder Sicherheitskoordination mit Israel einzustellen.